

Den Landtag lässt es kalt: Hohe Fixkosten-Steigerungen bei Personal und Sachaufwand bis 2025!

Standpunkt des Landtagsabgeordneten Johannes Kaiser

Finanzen In der vergangenen Woche behandelte der Landtag neben dem Voranschlag 2022 die Finanzplanung 2022 bis 2025. Es war erstaunlich, wie entspannt der Landtag dieses Traktandum der Vierjahres-Finanzplanung entgegennahm, denn noch vor zwei Jahren wurde bei der Generierung von jährlich wiederkehrenden Fixkosten die «rote Karte» gezückt, wenn keine Gegenfinanzierung offeriert wurde.

Bei einem Postulat der FBP betr. den sorgsamsten Umgang mit den Staatsfinanzen lautete eine Passage in der Beantwortung der Regierung, dass der Landtag bezüglich Gesetzesinitiativen wie die Krankenkassen-Prämienverbilligung oder anderen Ausgaben, die sozial Schwächeren der Gesellschaft zukommen, den finanziellen Spielraum praktisch aufgebraucht habe. Mit einer Rententeuerungsanpassung müsse man gar nicht erst kom-

men, ausser man Sorge gleich schon für die entsprechende Gegenfinanzierung.

Vom Spielraum der jährlichen möglichen neuen Fixkosten in der Höhe von 15 Mio. Franken seien bereits 13 Mio. Franken aufgebraucht. Also noch 2 Mio. «Spazi».

Staatshaushalt eine Wundertüte?

Das scheint nun alles Schnee von gestern zu sein. Von dieser These hat sich die Regierung verabschiedet, denn der Voranschlag 2022 wie auch die Finanzplanung 2022 bis 2025 präsentieren sich in einem ganz anderen Format. Diese beiden Vorlagen lassen unseren Staatshaushalt mit einer Wundertüte vergleichen: Je mehr man aus dieser Tüte entnimmt, desto voller wird sie.

Es ist erfreulich, wenn in der Finanzplanungsperiode bis 2025 die Staatseinnahmen fließen und gemäss Prognose auch weiterhin ansteigen. Wir können nur hoffen, dass die Erwartungen, die die Regierung hier darlegt, eintreffen.

Auf der anderen Seite ist die Ausgaben- und die Regierung hier darlegt, eintreffen. Auf der anderen Seite ist die Ausgaben- und die Regierung hier darlegt, eintreffen. Auf der anderen Seite ist die Ausgaben- und die Regierung hier darlegt, eintreffen.

Expansion der jährlichen Fixkosten

Aus der Finanzplanung ist ersichtlich, dass massgebliche Aufwandpositionen in den letzten fünf Jahren schon deutlich angestiegen sind, so z. B. der Personalaufwand um 30 Mio. Franken – und er soll die nächsten vier Jahre nochmals um CHF 34 Mio. Franken ansteigen.

Auch der Sachaufwand stieg um über CHF 30 Mio. und soll bis 2025 auf hohem Niveau bleiben, etwa CHF 20 Mio. höher als vor Covid-19. Die Beitragsleistungen sind seit 2019 um über 50 Mio. auf ein Niveau von 400 Mio. Franken angestiegen und sollen gemäss Finanzplanung in etwa dort stagnieren, also auf einem Niveau, das ca. CHF 50 Mio. höher liegt als vor der Covid-19-Situation. Nur die Finanzzuweisungen sind im Vergleich zu 2016 abgesunken und sollen in etwa auf dem tieferen Niveau verbleiben.

Wenn wir das also genauer betrachten, ist die Regierung in ihrem Einflussbereich mit dem Personal- und Sachaufwand in extrem grosszügiger Verfassung und hat die Schleusen auf Position «open» gestellt. Allein beim Personal und Sachaufwand steigen die Fixkosten von 2020 bis 2025 um über 50 Millionen Franken. Diese Entwicklung löst bei mir alles andere als eine Begeisterung aus.

Alle Eckpunkte sind eingehalten, aber ...

Natürlich sind alle Eckpunkte eingehalten. Doch besteht die Frage, wie plötzlich dieser Strategiewechsel in der Denke bei den jährlichen Fixkostenausgaben mit einem Plus von über 50 Mio. Franken plötzlich opportunistisch ist. Vor zwei Jahren hiess es noch: 13 Mio. von möglichen 15 Mio. Franken an jährlichen wiederkehrenden Fixkostenausgaben seien bereits verbraten. Rien ne va plus. Mir fehlt mit dieser Finanzplanung ganz klar der finanzpolitische Orientierungspunkt der Regierung.

Es ist noch nicht vergessen!

Wir haben bei der Krankenkasse und bei der AHV schmerzhafte Einschnitte vorgenommen, Steuern zum Nachteil



FBP-Landtagsabgeordneter Johannes Kaiser. (Foto: Nils Vollmar)

des Steuerzahlers angepasst, Gebühren erhöht und im Rahmen der Staatshaushalts-Sanierungsphase die Gemeinden zur Kasse geholt. Denn die Gemeinden haben deutlich mehr 50 Mio. Franken pro Jahr in der Sanierungsphase beigetragen, und das hat bis heute bei den Finanzausgleichsgemeinden entsprechende negative Auswirkungen.

Finanzzuweisungssystem ist zu revidieren

Unser Finanzausgleichssystem sollte neu gestaltet werden, dies mit einer durchaus bedeutenden horizontalen Ausgleichskomponente. Das ist eine anspruchsvolle Angelegenheit und deren Ausarbeitung und

Umsetzung wird einige Zeit in Anspruch nehmen. Kurzfristig ist jedoch die durch den Staatsgerichtshofentscheid eingetretene Inländer-Steuerdiskriminierung mit einer Übergangslösung zu beheben. Was für mich nicht infrage kommt, ist, dass das Land noch mehr Steuersubstrat von den finanzstarken Gemeinden zu sich fließen lässt, damit diese enorme Expansion der jährlichen Fixkosten für den Regierungs- und Verwaltungsapparat noch weiter ausgedehnt werden kann. Bei den Gemeinden kommen die Investitionen den Menschen – den Einwohnerinnen und Einwohnern – direkt zugute.

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Fortschrittliche Bürgerpartei

Redaktion:
Rainer Gopp

Adresse:
FBP, Altenbach 8, 9490 Vaduz
Tel.: +423 237 79 40

www.fbp.li
E-Mail: info@fbp.li

FBP